



Für Frieden und gegen Krieg kämpfen

**Pressemitteilung von Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht,
10. November 2018**

Erklärung von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch zum 100. Jahrestag der Beendigung des Ersten Weltkrieges

Am 11. November 1918 endete mit dem Waffenstillstand von Compiègne der Erste Weltkrieg. Ein Krieg, wie ihn die Menschheit bis dahin nicht gekannt hatte. Der erstmalige Einsatz von chemischen Waffen, U-Booten, Flugzeugen und Flächenbombardements zerstörte halb Europa und forderte rund 17 Millionen Tote. Ein Krieg, der die damalige gesellschaftliche Ordnung zerstörte und eine gebrochene europäische Gesellschaft hinterließ. Es folgten einschneidende Veränderungen, Revolutionen, staatliche Zusammenbrüche und Republikgründungen, das Ende der Monarchie und die Ausrufung der ersten deutschen Republik. Diese Novembertage 1918 veränderten Deutschland, Europa und die Welt grundlegend.

Dem Ende des Ersten Weltkrieges und seinen Opfern zu gedenken, darf keine Phrase sein, sondern muss als politischer Auftrag verstanden werden. Vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges standen Militarismus und Nationalismus, soziale Ungerechtigkeit und

fehlende Demokratie. Der Weg in diesen Krieg war kein automatischer. Er war die Folge politischer Entscheidungen.

Wenn wir heute auf die Welt blicken, dann sehen wir wachsenden Nationalismus, eine Besorgnis erregende Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft. Wir sehen soziale Ungerechtigkeit und eine ungleiche Vermögensverteilung, die tatsächlich so ungerecht ist wie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Überall auf der Welt wüten Kriege. Armut grassiert, Konzerne bereichern sich am Elend der Menschen und zerstören die Umwelt. Die Gefahr eines nuklearen Krieges wird wieder erhöht, Diplomatie zunehmend von brutalen Gesten und martialischen Drohungen verdrängt. Es sind beunruhigende Zeiten, in denen dem Schrecken des Ersten Weltkrieges auch als Mahnung gedacht werden muss.

Als LINKE im Bundestag ist und bleibt es unsere Aufgabe, für Frieden und gegen Krieg zu kämpfen, gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Nationalismus und Aufrüstung. Die Toten mahnen uns.